Nr. 359 ◆ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 42

Bezugspreis: Vierteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Oesterreich-Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Abend-Ausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

20 Pfennig

Anzeigenpreis: Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 3,— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2,— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3,— M. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Montag, den 19. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Ein Sonderabkommen der Alliierten.

Spa, 17. Juli. (Havas.) Zwischen Italien, Japan, Belgien und Portugal wurde ein Uebereinkommen unterzeichnet, das sofort unter den Mächten einige Fragen lösen soll, die sich aus der Aenderung des Friedensvertrages von Versailles ergeben.

Artikel 1 bestimmt, daß die Summe, die von Deutschland als Wiedergutmachung auf Grund des Friedensvertrages von Versailles gezahlt wird, wie folgt zu verteilen ist: England 22 Proz., Frankreich 52 Proz., Italien 10 Proz., Japan 0,75 Proz., Belgien 8 Proz., Portugal 0,75 Proz. Die restlichen 6½ Proz. werden an Griechenland, den serbischen, den thrazischen und den slowenischen Staat, sowie an die Mächte, die Wiedergutmachungsansprüche erheben, aber das gegenwärtige Abkommen nicht mitunterzeichnet haben, verteilt.

Artikel 2 besagt: Die als Wiedergutmachung von Oesterreich und Bulgarien gezahlte Gesamtsumme wird zusammen mit der Kontribution zu Ausgaben für die Befreiung der aus dem österreichisch-ungarischen Staate hervorgegangenen Länder wie folgt verteilt: a) zur Hälfte nach dem in Artikel 1 vorgesehenen Verhältnis, b) von der anderen Hälfte erhalten Italien 40 Proz., Griechenland und der serbisch-kroatische Staat 60 Proz.

Artikel 3 lautet: Die alliierten Regierungen werden untereinander die nötigen Maßnahmen zur Sicherstellung der Zahlungen treffen; falls nötig, werden sie Deutschland durch Anleihen helfen, die dazu bestimmt sind, inneren Verpflichtungen nachzukommen und die es ihm gleichzeitig erlauben, seine Schuldenlast so schnell wie möglich abzuschütteln, um den Wiederaufbau mit vollen Kräften zu heben.

Artikel 4 enthält einzelne Bestimmungen über die Aufstellung der Abrechnung für jede einzelne Macht seitens der Wiedergutmachungskommission und bestimmte Regeln für Gutschrift und Lastschrift.

Artikel 5 bestimmt die Maßnahmen, die Belgien die Priorität von 2½ Milliarden Frank Gold sichern, auf die es Anspruch hat gemäß den Bestimmungen des Uebereinkommens vom 26. Juni 1919 und setzt diejenigen Kategorien der verrechnen.

Artikel 6 umschreibt die Schätzungsmethode für die Schiffe, die entsprechend den Friedensverträgen von Versailles und St. Germain abgeliefert werden müssen, um Tonne für Tonne und Platz um Platz die Handels- und Fischereischiffe, die infolge von kriegerischen Handlungen zerstört oder beschädigt worden sind, zu ersetzen. Er bestimmt außerdem die für die Schiffe zu zahlende Miete. Die Bestimmungen für die Lösung der übrigen Fragen, die durch die Entscheidung des belgischen Prisengerichts aufgeworfen wurden, sind getroffen. Belgien wird eine auf die Anteile der übrigen alliierten Mächte erhobene Kompensation erhalten.

Artikel 7 bezieht sich auf die Leichterschiffe, auf Schwimmdocks und Hafenmaterial, das auf Grund des Protokolls vom 10. Juni 1920 geliefert wurde.

Als Ausgleich für die versenkten Kriegsschiffe bestimmt Artikel 8, daß die Dispositionen des Protokolls vom 10. Januar 1920 auf den Erlös aus dem Verkauf der Kriegsschiffe und des Kriegsmaterials anwendbar sind, das auf Grund der neuen Klausel des Versailler Vertrages geliefert wurde, einschließlich des Erlöses aus dem neuen Kriegsmaterial, das durch die Wiedergutmachungskommission verkauft wurde.

Artikel 9 gewährt Italien als Priorität vor allen anderen Mächten das Recht, gewisse Summen zu behalten und auf die Summe, die ihm von Oesterreich und Bulgarien als Wiedergutmachungskosten für die Besatzungsarmee geschuldet wird, zu verrechnen.

Artikel 10 behält die Rechte Polens gemäß den Verträgen von Versailles und St. Germain vor und bestimmt, daß das Uebereinkommen auf Polen keine Anwendung findet.

Artikel 11 wahrt die Rechte der Länder, die Belgien vor dem 11. November 1918 Geld geliehen haben und sieht Bestimmungen für die Rückzahlung dieser Beträge sofort nach Zahlung der Belgien auf Grund des Prioritätsrechts geschuldeten 2½ Milliarden vor.

Artikel 12 wahrt die Rechte der Alliierten auf die Kredite, die sie ehemals feindlichen Mächten gewährt haben.

Artikel 13 bestimmt, daß die Frage der gleichmäßigen Festsetzung der Kosten der Besatzungsarmeen zurückgestellt wird, um mit den Vereinigten Staaten besprochen zu werden.

Millerand über Spa.

Paris, 18. Juli. Ministerpräsident Millerand hat gestern abend nach seiner Rückkehr aus Spa die französischen Journalisten empfangen und ihnen erklärt, die Konferenz von Spa bedeute den Beginn der Ausführung des Friedensvertrages von Versailles. Er lobte den guten Willen aller Delegierten, besonders des Grafen Sforza. Als er in London zum ersten Male von der Besetzung des Ruhrgebiets gesprochen, habe er keinen Erfolg gehabt. In San Remo sei es ihm gelungen, den Grundsatz zur Annahme zu bringen, in Boulogne sei man einig geworden über die Art der Zwangsmaßnahmen und in Spa endlich habe man Genaueres festgelegt. Die Festigkeit sei notwendig, das hindere aber nicht, daß die Alliierten bei mehreren Fragen den Geist nennenswerter Versöhnlichkeit gegen Deutschland gezeigt hätten. Millerand glaubte besonders auf die Kredite hinweisen zu können, die als Gegenleistung für die Kohlenlieferungen erfolgen müssen. Deutschland könne vielleicht im Laufe von sechs Monaten auf 1500 Millionen rechnen, was ihm hoffentlich gestatten werde, seine Produktion zu verbessern. Es sei in Spa zu schwierigen, manchmal zu recht lebhaften Erörterungen zwischen den Alliierten gekommen, aber vor den Deutschen habe man sich immer in einer Einheitsfront gezeigt.

Die internationale Finanzkonferenz am 25. September.

Paris, 19. Juli. Der Vorsitzende des Völkerbundrates, Senatspräsident Bourgeois, hat nunmehr die internationale Finanzkonferenz auf den 25. September nach Brüssel einberufen. Eine weitere Verschiebung ist nach seiner Ansicht nicht gut möglich.

Programm für die Kabinettssitzungen.

Das Kabinett trat gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammen, an der die aus Spa zurückgekehrten Minister teilnahmen. Für die nächsten Tage wurde folgendes Programm vereinbart: Am Montag und Dienstag wird das Kabinett die Berichte über die Beschlüsse von Spa entgegennehmen. Für Dienstag abend ist eine Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten in Aussicht genommen. Zu Mittwoch sollen die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Sitzung eingeladen werden. Am Donnerstag findet eine Aussprache im Reichswirtschaftsrat über die wirtschaftlichen Fragen statt.

Rußlands Antwort an England.

London, 19. Juli. „Daily Telegraph" glaubt zu wissen, daß England von Sowjetrußland auf den englischen Vorschlag, betreffend einen russisch-polnischen Frieden, eine Antwort erhalten hat. In dieser Antwort, die ziemlich umfangreich sein soll, soll gesagt sein, daß Rußland keiner Nation das Recht einräume, zwischen der Sowjetregierung und Polen zu intervenieren. Die Sowjetregierung werde auf einen Waffenstillstand mit Polen eingehen, wenn Polen ihn verlangt, denn Rußland wolle den Frieden.

Paris, 19. Juli. (Meldung des Holländisch Nieuwsbureaus.) „Echo de Paris" weist darauf hin, daß Warschau noch immer vierhundert Meilen von der Front entfernt liege. Die Hauptaufgabe Brussilows sei Litauen, und dieses Ziel habe er auch fast erreicht. Die Regierung in Kowno habe den bolschewistischen Truppen freien Durchzug durch Litauen gewährt. Dies bedeute, daß eine neue Verbindung zwischen Rußland und Deutschland zustande gekommen sei und daß die neugebildeten Ostseestaaten von Moskau abhängig seien. Lenin habe in einer Unterredung erklärt, daß, wenn Polen weiterhin von Frankreich unterstützt werde, die Verluste Frankreichs nur noch durch den Verlust seiner Forderungen in Polen vergrößert würden. Das Blatt weist weiter auf Aeußerungen der „Prawda" hin, die besagen, daß bis zum Herbst das polnische Heer vernichtet und in Warschau die Revolution sein werde.

Krassins Rückkehr nach London.

London, 19. Juli. Wie der „Daily Telegraph" aus Kopenhagen meldet, ist ein britisches Torpedoboot in Reval eingetroffen, das Mitglieder der russischen Delegation, bestehend aus Krassin, Kohan und Riorgin, nach England bringen soll. Informationen aus guter Quelle zufolge soll die russische Regierung in verschiedenen Staatsbanken ungefähr 25 Millionen Rubel n Gold hinterlegt haben. Diese Summe soll zur Bezahlung der Waren bestimmt sein, die Großbritannien Rußland liefert.

Kleinasien und die dritte Internationale.

Stockholm, 19. Juli. Das Exekutivkomitee der dritten Internationale, dem die Sowjetregierung die allgemeine Propaganda übertragen hat, hat die Vertreter des Proletariats von Persien, Armenien und der Türkei auf den 15. August dieses Jahres zu einem Kongreß nach Baku eingeladen.

Cox und Wilson.

Washington, 18. Juli. (Reuter.) Nach einer einstündigen Konferenz mit dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten Gouverneur Cox erklärte Wilson, er habe ersehen, daß Cox und er bezüglich des Völkerbundes die gleichen Ansichten hätten. Die Partei werde Cox in voller Einigkeit bei seinem Kampfe für die Ehre der Nation und die Sicherung des Weltfriedens unterstützen,

Anfangen!

Von Paul Oestreich.

Im Schulaufbau-Ausschuß der Reichsschulkonferenz hat Direktor Goldbeck eine „Schulplanwirtschaft" empfohlen. Er wollte das Reich „in geographische Einheiten zerteilen, die für sich imstande sind, die Organisation ihres Schulwesens zu bestimmen. Diesem Zwecke dienen sorgfältig zusammengesetzte Kommissionen, die unter genauer Berücksichtigung der lokalen Interessen die Struktur des Schulwesens in ihrem Gebiet festlegen. Die gesamten Vorschläge in Einzelstaaten unterliegen der Bestätigung durch die oberste Schulbehörde".

Dieser Verlockung widerstand die sozialistische Linke. Goldbecks Antrag fiel durch unsere 7 Stimmen. Wir glauben nicht an die lokale und regionale Toleranz und „sorgfältig zusammengesetzt" ist allzu nichtssagend. Außerdem: gerade weil wir Sozialisten für eine Planwirtschaft auch in der Schulorganisation sind, müssen wir das partikularistische Chaos, die Verunreinigung des Schulwesens ablehnen. Wir streben zur allumfassenden, reichsten, durch ihren inneren Aufbau allen Individualitäten gerecht werdenden Gemeinschaftsschule.

Es besteht keine Aussicht, die von uns gewünschte Schulform sofort allgemein durchzusetzen. Also gilt es da vorzugehen, wo Macht, Kraft und Wille zum Neuen (im Sinne der „Neuerer" Fichte und Pestalozzi) vorhanden sind. Die Reichsschulkonferenz hat zwar einen durch Wyneken eingereichten Antrag der „Linken" einstimmig angenommen, „daß deutsche Volk möge einen Vielmillionenfonds für Versuchsschulen schaffen, damit für bedeutsame Erzieherpersönlichkeiten und neue Auffassungen von der Schule die Möglichkeit der praktischen Erprobung bestehe". Aber bis die Schritte der „Deutschen Gesellschaft für Erziehung und Unterricht", welche die Ausführung dieses Beschlusses übernommen hat, einen (hoffentlich!) hinreichenden Erfolg haben werden, wird immerhin geraume Zeit vergehen. Es heißt aber jetzt: keine Zeit verlieren, nicht wieder allen guten Willen versanden lassen!

In Hamburg, dessen vorrevolutionäre Verhältnisse ja bereits mancherlei Auswirkung der persönlichen Tatkraft und des guten Willens zuließen, hat man mit „Versuchsschulen" längst, in verschiedenem Sinne, die Arbeit begonnen. Wann ist in Berlin dazu der Zeitpunkt gekommen?

Versuchsschulen, aufgebaut in einer in der Regel versuchsfeindlichen Umwelt, treffen auf allerlei Schwierigkeiten, die später, bei Verallgemeinerung des „Bewährten", entfallen. Die Lehrer müssen, statt Rezepte der Routine zu benutzen, selbständig planen und versuchen, ihr nicht nur guter, sondern überzeugter Wille ist also Vorbedingung des Gelingens, aus dem Zweifel sprießt das Siechtum des Tuns, vom Widerstreben gar nicht zu reden. Man braucht also für „Versuchsschulen" Wahlkollegien, Lehrergemeinschaften, die sich in reifem, ausdauerndem Willen zu reformerischer Arbeit zusammentun. In Berlin werden sich unter Tausenden von Lehrern und Lehrerinnen ganz fraglos hinreichend viel Pioniere melden, wenn man einige Schulen zur Verfügung stellt.

Eltern und Behörden sollen nur endlich die Furcht fahren lassen, es gehe um Welterschütterndes. Wir hoffen: Folgen und Entwicklung werden zur Menschheitsänderung führen, aber weder die Kinder, noch „die Bildung", noch das Gemeinwesen laufen Gefahr, noch werden „die Finanzen zugrunde gerichtet". Allerdings dürfen für einen Sozialisten nicht Schulgeldfragen für das Maß und die Richtung der Schulreform bestimmend sein und niemals könnte es ihm verziehen werden, wenn er glaubte, durch Erhöhung der Klassenfrequenzen und der Pflichtstundenzahlen zur Volksgesundung zu gelangen; er opferte dann um ein Linsengericht die sozialistische Schule und die sozialistische Zukunft.

Wir wollen in die Arbeitsschule, in die Schule der Wahlfreiheit, in die Schule ohne „Berechtigungen" und ohne überflüssige Prüfungsqualen, in die Schule der gleichen Entwicklungsmöglichkeit für alle Kinder. Man schaffe also für alle Kinder eines Bezirks einen „obligatorischen" Kindergarten (Synthese aus Fröbel und Montessori), indem man alle Eltern immer wieder zur Beschickung auffordert: Der Segen wird in die Augen springen. Man wähle dazu eine Randschule, der Gärten zur Verfügung stehen. Man erlaube, daß Schulen, deren Elternschaften zustimmen (soviel ich weiß, ist das an einigen Berliner Schulen der Fall), als „weltliche" und „Gemeinschafts"schulen aufgemacht werden. Man braucht nur einen Schultag für die Bedürfnisse des Religions- und Moralunterrichts freizugeben — es läßt sich auch anders machen! — und kann an den anderen Tagen zeigen, was man kann! Statt des Klassensystems, freie Gruppen- und Gemeinschaftsbildung. Verzicht auf den Lehrplan und auf die Lehrbücher (damit auf den „alten Geist"). Umgestaltung des Geschichtsunterrichts in soziologischem Sinne. An einer solchen Schule müßten für den Winter Einrichtungen für Werk- und

Werkstattarbeit geschaffen werden, im Sommer müssen die Kinder etwa zwei Tage in der Woche — abwechselnd, abteilungsweise — zum Arbeiten undd Sich-Tummeln in Garten, Feld und Wald auf städtische oder gepachtete Ländereien hinausgeführt werden. Es lassen sich Pflege- und Arbeitsgemeinschaften aus den verschiedenen Abteilungen zu gemeinsamer Verantwortung für ihnen zugewiesene Landbebauung bilden. Diese Arbeit liefert unter Lehreraufsicht und -beratung mehr Naturkenntnis als das Studium eingekampferter Tierleichen. Und ist dazu produktiv. — In Zukunft müßten alle Schulen am Rande der Städte inmitten von Ländereien liegen.

In Neukölln ist ein Versuch gelungen! Natürlich wird man die „Schulzeit" (dann gewiß keine Last) an solchen Tagen verlängern und Schulspeisung für alle durchführen müssen.

Andere Versuche könnten sich an den Uebergang zum „elastischen" Schulaufbau wagen. Die Berliner Oberlehrerin Berta Gerhardt hat vorgeschlagen, nahe zusammen (in benachbarten Straßen) liegende Schulen (Volks- und „höhere") zu Kombinationen zu vereinigen, um unter dem größeren und mannigfaltigeren Schüler„material" hinreichend große Gruppen Interessierter und Begabter für Kurse in Wahlfächern zusammen zu bekommen. Die Schwierigkeiten im Stundenplan sind nicht gering, der Umzug von Schule zu Schule störend. Man könnte aber vielleicht den Ausweg der horizontalen Gliederung, wenigstens in den Städten, beschreiten, wie sie Ilsenburg, Haubinda, Bieberstein durchgeführt hat: Schulen für die Kleinsten, das mittlere Alter, die Aelteren. Andreesen weist mit Recht darauf hin, daß jedes Kindesalter seine besondere Lebensform hat. In Berlin ließe sich das in vielen Fällen leicht durchführen, etwa so: Schulen mit Kindergarten und für die „Grundschule" solche für die nächsten vier Jahrgänge und solche für die „Oberstufe". Jede Schule könnte dann reichlicher für ihre besonderen pädagogischen Aufgaben ausgestattet werden. Dann wäre in der Mittel- und Oberstufe die Ausbildung eines Kernunterrichts und eines nach oben zu immer reicheren Kurssystems wohl möglich. Weitere Einzelheiten gehören nicht hierher.

Solche horizontale Schulgliederung würde auch — wenn man beim Klassensystem, wie es wohl noch lange vielfach der Fall sein wird, beharrt — das Versetzungselend mildern. Jetzt bleibt ein Kind für ein ganzes Jahr sitzen, vielleicht weil es in einem Fach „ungenügend" ist, oder es kommt um ein halbes Jahr zurück, wenn es Oster- und Michaeliscoeten gibt, und lernt dann nur das letzte halbe Jahr nach (deshalb sind viele Schulmänner, auch ich, stets gegen das Nebeneinanderbestehen von Oster- und Michaelisklassen gewesen). Aus allen Nöten kommt man, wenn man — auch Kerschensteiner erklärte sich auf der R.-Sch.-K. dafür — Tertialklassen schafft (Herbst-Weihnachten, Weihnacht-Ostern, Ostern-Sommer), also dreimal im Jahr „vorrücken" läßt. Die Zurückgehaltenen „verlören" dann ein ⅓ Jahr und holten immer das nach, was sie nicht konnten. Noch „elastischer" wäre eine Schule, in der ein Sitzenbleiben nur im einzelnen Fach, also eine allmähliche Schichtung der Schüler nach dem Fach-„Intelligenzalter" erfolgte. Auch da ist „mancherlei" möglich!

Die „Berechtigungen" verhindern alles. Sie und die Prüfungszöpfe müssen fallen! Schleunigst müssen die Reifeprüfungen gemindert mit einer gewissen Wahlfreiheit, wie sie das preußische Ministerium immer noch zu scheuen scheint, ausgestattet werden. Auf der R.-Sch.-K. war die große Mehrheit dafür. Andreesen und ich haben das in „Erklärungen" niedergelegt. Ich kann hier nur wiederholen: „Die Erfahrungen der Lehrer im gewöhnlichen Unterricht bieten weit zuverlässigere Maßstäbe für die „Reife" der Schüler und Schülerinnen als die Zufälligkeiten einer das Nervensystem der Prüflinge ganz unnötigerweise belastenden vieltägigen Zwangs- und Schemaprüfung. Keinesfalls ist es zu verteidigen, daß die Prüfung für alle Prüflinge desselben Jahrgangs einer Schule in bezug auf alle Fächer und Arbeiten starr erfolgt. Den Individualitäten ist bei der Prüfung durch hinreichende Wahlfreiheit der Prüflinge in der Zusammenstellung ihrer Prüfungsfächer gerecht zu werden."

Nur einiges deutete ich an, vieles wäre zu sagen. Viele sehen hoffnungs- und erwartungsvoll zum Ministerium, wir wollen hoffen: nicht vergeblich! An Städten und Fraktionen, am sozialistischen Berlin aber ist es, zu Versuchen zu schreiten, vorsichtig, aber zukunftsgläubig. Anfangen! heißt die Parole.

Reichstag und Reichswirtschaftsrat.

Die Tatsache, daß für den Donnerstag eine Sitzung des Reichswirtschaftsrats anberaumt ist, in der die Regierung über die Verhandlungen von Spa berichten soll, erregt in Reichstagskreisen Befremden. Die verfassungsmäßig zuständige Stelle, vor der die Reichsregierung für ihr Verhalten in Spa die Verantwortung trägt, ist der vom Volk gewählte Reichstag und nicht der ziemlich willkürlich zusammengesetzte und teilweise von ihr selbst ernannte Reichswirtschaftsrat. Das Bestreben der Deutschen Volkspartei und der ihr gleichgerichteten Kreise geht aber dahin, die „berufsständische Kammer" vor der Volksvertretung in die vordere Reihe zu schieben, und der volksparteiliche Wirtschaftsminister Dr. Scholz ist diesem Bestreben offenbar entgegengekommen. Daß der Reichskanzler Fehrenbach, der solange Reichstagspräsident war, sich an Bestrebungen beteiligt, die darauf hinauslaufen, die Stellung des Reichstags herabzudrücken, möchten wir nicht annehmen.

Verfassungsmäßig bestehen die schwersten Bedenken dagegen, daß das Schwergewicht von politischen Verhandlungen mit wirtschaftspolitischem Einschlag von dem Reichstag in den Reichswirtschaftsrat verlegt wird. Würde das zur dauernden Uebung, so könnten spätere Regierungen aus Gründen der Taktik öfter versuchen, sich durch die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat eine ihr genehme Atmosphäre im Reichstag zu schaffen, und das würde die gegebenen Reibungsflächen nur noch verbreitern. Zu beachten ist auch, daß zahlreiche Mitglieder des Reichswirtschaftsrats parteipolitisch abgestempelt, aber als Reichswirtschaftsratsmitglieder nicht berufen sind, im Namen und Auftrag ihrer Partei zu sprechen. Auch daraus können sich Unzuträglichkeiten ergeben, wenn der Reichswirtschaftsrat in wichtigen politischen Angelegenheiten das erste Wort erhält.

Es gilt hier, den Anfängen zu wehren!

Unzufriedenheit im Ruhrrevier.

Essen, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Auf verschiedenen Zechen ist es zu Zwistigkeiten und Schwierigkeiten gekommen, die auf die ungenügende Lebensmittelversorgung und auf die Ungenießbarkeit des Brotes zurückzuführen sind. Die reaktionäre Presse sucht diese Differenzen im Ruhrrevier als Nachwirkung der Verhandlungen in Spa hinzustellen. Zu dieser politischen Ausnützung der Unzufriedenheit der Ruhrbergleute liegt nicht der geringste Anlaß vor. Die Ruhrbergleute sind durchaus einverstanden, daß alles geschah, um die Besetzung des Ruhrreviers durch die Entente zu verhindern, während es freilich großkapitalistische Kreise im Ruhrbergbau gibt, die aus der Besetzung des Ruhrrevieres durch die Alliierten Vorteile gezogen hätten und sie deshalb sehr gerne gesehen hätte. Diese Kreise sind es, die nun den Glauben erwecken wollen, daß die Ruhrbergleute gegen die Beschlüsse von Spa zu demonstrieren beabsichtigen! Wie falsch diese Auffassung ist, geht aus der klaren Haltung der Essener „Arbeiterzeitung" hervor, die scharf gegen das ungeschickte Benehmen des Herrn Stinnes und gegen dessen geheime Absichten schreibt.

Arbeitsaufnahme in Königsberg.

Der Königsberger Magistrat hat mit der städtischen Arbeiterschaft ein Abkommen getroffen, wonach der Streik am Montag, den 19. Juli, frühmorgens, nach 12½ tägiger Dauer beendet wird.

Der „festgenommene Kurier".

Die Preßgerüchte über bevorstehende Linksputsche und dergleichen in Braunschweig hatten seinerzeit damit eingesetzt, daß zwei Braunschweiger Tageszeitungen („Landeszeitung" und „Allg. Anzeiger", beide weit rechts stehend) von der Festnahme eines „Kuriers der Roten Armee" in Halle zu berichten wußten, dem eine Liste mit der ganzen Armee-Einteilung (Braunschweig bildete sogar eine Armeegruppe für sich!) abgenommen sein sollte. Wenn auch von vornherein der Verdacht sehr nahe lag, daß es sich hier um eine Tendenzmeldung ohne tatsächliche Unterlagen handele, so hielt es die Regierung dennoch für ihre Pflicht, eine entsprechende Anfrage an die Polizeiverwaltung Halle zu richten. Die Antwort ist nunmehr eingetroffen. Der Polizeiverwaltung Halle ist von der Festnahme eines Kuriers der Roten Armee überhaupt nichts bekannt. — Die Bevölkerung möge auch aus diesem Beispiel ersehen, wie wenig Glauben allen derartigen Alarmnachrichten zu schenken ist.

Lockspitzel überall.

Aus Mainz kommt die Mitteilung, daß dort durch die französische Geheimpolizei der der Sozialdemokratischen Partei angehörige, auf einer Ferienreise befindliche Zeichenlehrer Radow aus Beeskow bei Berlin wegen politischer Vergehen verhaftet und im dortigen Provinzialarresthaus (französische Abteilung), wo sich auch die übrigen sozialdemokratischen Führer aus Ludwigshafen und der ebenfalls auf einer Reise nach Wiesbaden verhaftete sozialdemokratische Redakteur Schildbach-Offenburg befinden, interniert wurde. Wir kennen die Ursache der Verhaftung nicht, vermuten aber, daß der verhaftete Lehrer französischen Lockspitzeln in die Hände gefallen ist. Es steht nämlich fest, daß die französische geheime Militärpolizei im besetzten Gebiet, besonders in Mainz und Wiesbaden, zahlreiche Deutsche und Elsaß-Lothringer angeworben hat, die sich unerkannt in Wirtschaften, auf freien Plätzen, Bahnhöfen, auf der Reise usw. unter das deutsche Publikum mischen und zugunsten der Franzosen Spitzeldienste leisten. Allen ins besetzte Gebiet reisenden Personen ist deshalb bei Gesprächen, die von Unbekannten mit angehört werden können, Vorsicht zu empfehlen. Um Nachdruck dieser Warnung wird gebeten.

Das österreichische Tabakmonopol.

Die gescheiterten Verhandlungen mit Holland.

Wien, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Es wird jetzt bekannt, woran die Verhandlungen Oesterreichs wegen der Uebernahme des Tabakmonopols durch ein holländisches Konsortium gescheitert sind. Die Holländer waren bereit, sogar einen höheren Betrag als den geforderten zu bewilligen, aber nur unter der Bedingung, daß die seit November 1918 erlassenen Arbeiterschutz-Gesetze auf die Tabakarbeiter keine Anwendung finden sollten. Bei Anwendung dieser Bestimmungen, so erklärten die Holländer, sei keine Kalkulation möglich. Da die österreichische Regierung den Tabakarbeitern nicht die Vorteile der neuen Arbeiterschutz-Gesetzgebung entziehen wollte, zerschlugen sich die Verhandlungen. Dieser Vorgang ist ein Beweis mehr dafür, daß Oesterreich nicht im Wirtschaftsverkehr mit kapitalistischen Ländern, die eine ähnliche Arbeiterschutz-Gesetzgebung wie die seine nicht kennen, sondern nur im Anschluß an Deutschland, das mit der österreichischen Arbeitergesetzgebung ziemlich gleichen Schritt hält, die Lösung seiner wirtschaftlichen Probleme finden kann

Der verbotene „Vorwärts". Zu der unter obiger Ueberschrift kürzlich von uns aus Hainzell gebrachten Mitteilung wird uns ergänzend berichtet, daß der eifrige Seelsorger Herr Kurator Barbig den Vater des Gastwirts Sch. sogar im Beichtstuhl vorwurfsvoll darauf hingewiesen habe, daß sein Sohn den „Vorwärts" halte!

Kleine Geschmacklosigkeiten. Aus einem der Redaktion zugegangenen „Gedicht", in dem in der widerwärtigsten Weise über die der Frau Zetkin verloren gegangenen Brille gewitzelt wird, ersehen wir, daß es in Berlin eine „Spartakusabwehrzentrale" gibt. Sie trägt als Signum einen Totenkopf mit verschränkten Knochenarmen. Wofür in Deutschland noch immer Geld übrig ist!

Ich stelle mir manchmal vor . .

Von Hans Bauer.

Ich stelle mir manchmal vor, daß jetzt, eben jetzt, ein junges Französenmädel am Ufer der Somme kniet, sinnend in den Fluß guckt und die Wasser über Wäschestücke spielen läßt.

Ich stelle mir manchmal vor, daß eben ein Vogel von Ast zu Ast eines Baumes im Hauthoulster Walde hüpft.

Ich stelle mir manchmal vor, daß zu abendlicher Stunde Pärchen von Verliebten engumschlungen durch den Moronville-Wald schreiten und in die Sterne blicken.

Ich stelle mir manchmal vor, daß eben in Verdun Barbiere und Krämer, Kellner und Lehrer, Aktuare und Schneiderinnen ein friedliches Gewerbe ausüben.

Ich stelle mir manchmal vor, daß an der Straße nach Maria-Py wieder die Kirschbäume blühen.

Ich stelle mir manchmal vor, daß in dem Beobachtungsbaum bei Souchez, hinter dem damals das schwere Geschütz stand und seine Granaten spie, daß in dem Beobachtungsbaum bei Souchez Herzen eingeritzt sind, durch die ein Pfeil trifft und daß rechts von diesen Herzen ein Mädchen- und links von ihnen ein Mannesname steht.

Ich stelle mir manchmal vor, daß das Grab der jungen Französin von Aussonce, die im Juli 1917 von einem Ferngeschütz getötet wurde, von Kindern umspielt und von bunten Sommerblumen bewachsen ist.

Ich stelle mir manchmal vor, daß es Menschen gibt, die ihre Heimat in Malmaison haben, in Arras und an der Yser.

Ich stelle mir manchmal vor, daß der Minentrichter bei Audun le Roman heute von grünem Moos bedeckt ist.

Ich stelle mir manchmal vor, daß alle Menschen der Welt das Glück solcher Friedlichkeit für wichtiger halten als ihren kleinen Haß und ihre kleine Gier, ihre kleine Sorge und ihre kleine Erregung. Dann überkommt mich eine stille Seligkeit und ich werde ohne Wunsch und Verlangen.

Oder vielmehr: Ich stellte mir dies letzte gern einmal vor, aber dazu reicht meine Phantasie leider nicht aus.

Die Sammlung der Gipsabgüsse nach Werken antiker Kunst wurde heute mittags im neuen Flügelbau der Universität eröffnet. Damit ist ein Werk vierjähriger Arbeit zum Abschluß gebracht und Berlin als Kunststadt um eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges reicher geworden. Die Abgüsse, die zum Teil stark verstaubt und verschmutzt waren, sind durchweg gereinigt und nach einem neuen Bestäubungsverfahren mit einer unmerklich dünnen abwaschbaren Haut überzogen worden. So geben sie in meist leicht getönter Färbung zwar nicht den vollen Reiz der Originale wieder, lassen aber alle Formen deutlich und schön erkennbar werden. In den sechs Hauptsälen mit gutem Licht und wirkungsvollen roten, grünen oder blauen Wandflächen ist die prinzipiell chronologische Anordnung so getroffen, daß jedes Werk zur rechten Wirkung gelangt und zugleich ein Ueberblick über die einzelnen Stilgruppen und Entwicklungsreihen geboten wird. Durch die Eigenart der Plazierung, die sich nicht an die übliche Schablone hält, sind einzelnen Werken ganz neue Ausdrucksmöglichkeiten gegeben worden. Das ist namentlich der Fall bei der hoch in einer Türnische aufgestellten Nike des Paionios und bei der auf einem stufenförmigen Unterbau angeordneten Niobidenreihe. Eine Ueberraschung wird für die meisten Besucher der kretisch-mykenische Saal sein, dessen Wandfresken und Reliefs Kunde geben von einer vor 8½ Jahrtausenden blühenden expressionistischen Kunst, die mit den Tendenzen, die die heute modernste Stilrichtung beherrschen, mannigfache Berührungen zeigt. In den beiden Reihen der Seitenkabinette, die die Entwicklung der griechischen Einzelstatue, der archaischen und archaistischen Rundplastik u. a. zeigen, machen sich zuweilen die Folgen des Raummangels fühlbar. Die Abgüsse der römischen Arbeiten und die der Architekturwerke mußten sogar vorläufig noch im Kellergeschoß ein Notquartier beziehen, sie sollen aber im nächsten Jahr in einem Erweiterungsbau Aufstellung finden, der sich direkt an die heute eröffneten Räume anschließt, so daß sich dann die Entwicklung der gesamten antiken Kunst in einer zusammenhängenden Saalflucht wird übersehen lassen.

Für das Ganze ist ein gedruckter, volkstümlich gehaltener Führer sowie der Verkauf von Photos nach den Abgüssen vorgesehen. Auch die Veranstaltung von wechselnden Sonderausstellungen, die künstlerische Einzelprobleme zur allgemein verständlichen Anschauung bringen sollen, ist in Aussicht genommen. So darf man hoffen, daß die neue Sammlung, deren Arrangement ein Werk Ferdinand Noacks, des Direktors des hiesigen Archäologischen Seminars ist, nicht nur der Wissenschaft, sondern auch der volkstümlichen Kunstpflege wertvolle Dienste leisten wird. Dazu ist aber erforderlich, daß ihr von den maßgebenden Instanzen die nötigen materiellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich hierbei nicht um Millionenobjekte, sondern um Aufwendungen, die in den Riesenziffern unserer gegenwärtigen Etats keine Rolle spielen. Vor allem muß durch die Anstellung eines größeren Aufsichtspersonals ermöglicht werden, daß das Museum, das zunächst nur an jedem Montag und Donnerstag von 10—3 Uhr allgemein zugänglich ist, auch an den Sonntagen regelmäßig geöffnet werden kann. J. S.

Deutsche Gemeinschaft heißt eine Neugründung, für die sich Ferdinand Avenarius im „Kunstwart" ernsthaft einsetzt, weil der Geist, aus dem sie entstehe, eben der Geist sei, dem auch der „Kunstwart" seit seinem ältesten Hefte, der Dürerbund seit seinem ersten Aufrufe diene. An dieser Neugründung ist auch der Deutsche Werkbund beteiligt, und Karl Scheffler leitet die Werbetätigkeit. Sie wendet sich „an alle, welche den Drang zum Wahrhaftigen und Fruchtbaren, zum Geläuterten und Vertieften, zum Starken und zum Stolzen in unserem Volke pflegen wollen".

Diese „Deutsche Gemeinschaft" steckt sich also ein sittliches Ziel, und der Anlaß, der sie jetzt ins Leben ruft, macht sie zunächst zu einem Abwehrbunde. Avenarius legt das im „Kunstwart" dar: Sie „soll ablehnen das Mitmachen mit all dem Luxustreiben und all der Pflege künstlich angelernter „Bedürfnisse", die schon vor dem Kriege unsere sogenannte „Kultur" zu einem großen Eitelkeiten-Markte gemacht haben.

Ein Beispiel: Wer einen von der „Deutschen Gemeinschaft" einladet oder von ihm eingeladen wird, der soll wissen, daß dieser Gast oder Wirt weder Toilettenluxus noch reiche Tafel, noch Alkohol oder Nikotin erwartet oder anbietet, wohl aber einen geistigen Hochstand der Unterhaltung. Wir fühlen uns als Glieder des deutschen Volkes. Wir sind nicht dumm genug, um nicht zu erkennen, daß uns jetzt kein Betäuben und kein Vergnügen mehr helfen kann, vor allem also kein Luxus, wir wissen vielmehr, daß der Luxus aus wirtschaftlichen Gründen heute an Verbrechen grenzt, zumal er Ankäufe im Ausland voraussetzt, die bei unserem Valutastande jetzt bedeuten: Das Entbehrliche nimmt den Volksgenossen Unentbehrliches auf Umwegen weg. Wir sind nicht verächtlich genug, um trotz solcher Einsicht Luxus zu treiben. Schon deshalb erkennen wir einen gefährlichen sozialen Feind in dem neuen Reichtum. Wir wollen uns gegenüber dieser Menschenschicht abschließen, der Glück oder Gaunergeist die Möglichkeit gegeben hat, der Form nach auf ihre eigenen Kosten, der Sache nach auf Kosten aller zu verschwenden. Wir wollen versuchen, demgegenüber etwas wie einen neuen Adel zu schaffen. Das bedeutet Verpflichtungen. Den Anspruch auf Vorbildlichkeit, auf Führerschaft für die Begabten können wir allein in einem neuen Adel sehen, der seiner Verantwortung bewußt das Gemeine zurückdrängt, das Geistige und Sittliche dagegen erzieht und stärkt.

Dies ist die Deutung, die Avenarius der neuen Gründung gibt und die ihn diesmal an die Seite Schefflers treibt, von dem ihn sonst manches trennt. Der Aufruf der „Deutschen Gemeinschaft" ist noch nicht in die Oeffentlichkeit gelangt. Es dient der Sache natürlich sehr, daß Avenarius der erste ist, der ihr als ein Werbender den Weg in die breite Oeffentlichkeit ebnet.

Theater. Das Kleine Theater hat für die Uraufführung von „Elise Lenling" Fräulein Irma Strunz für die Titelrolle gewonnen.

Das Len-Kainer-Ballett, das am 27. Juli im Komödienhaus auftritt, verwahrt sich in einer Zuschrift seines Impresarios gegen das Vorurteil, daß seine Darbietung mit irgendeinem der Nackt- oder Naturtänze, die jetzt hier und da die Bühnen verunzieren, etwas gemein habe. Es will als hochkünstlerisch gelten, worauf wohl auch der Name des Zeichners Ludwig Kainer schließen läßt.

Eine Wilamowitz-Diels-Stiftung ist aus Anlaß des goldenen Doktorjubiläums der beiden bedeutenden Altertumsforscher der Berliner Universität im Entstehen begriffen. Sie soll den beiden Jubilaren Mittel zur Verfügung stellen, um nach ihrem Ermessen Jüngern der Altertumswissenschaft Beihilfen zur Drucklegung ihrer Arbeiten zu gewähren.

Die Galerie Eduard Schulte zeigt vom 17. Juli ab neue Sammlungen von Albin Enders-München, Kurt Haase-Jastrow, Adolf Kaplhamer-München, Hildegard Lehnert-Berlin und Margarete Wincker-Dresden.

Eine neue Form der Drehbühne, die von Adolf Linnebach, dem Maschineriedirektor des Sächsischen Landestheaters in Dresden, konstruiert worden ist, soll an dem Steglitzer Schloßpark-Theater erstmals erprobt werden. Sie soll gestatten, das Spiel weit nach vorn auf die Vorderbühne zu legen, die vor der jetzigen Vorhanglinie aufgebaut wird; zugleich kann die volle Tiefe der Bühne (bis zu etwa 12 Meter) ausgenutzt werden. Linnebach ist der Bühne als ständiger künstlerischer Beirat für die Gestaltung des Szenischen verpflichtet worden.

Groß-Berlin

Sozialdemokratie und Magistratswahl.

Wir leben seit dem 9. November 1918 in einem demokratischen Staatswesen. Man sollte annehmen, daß alle Demokraten darüber nicht nur sehr erfreut, sondern auch mit dem Wesen der Demokratie vertraut sind. Das ist aber nur ein Trugschluß. Es gibt bekanntlich auch in Kreisen der bürgerlichen Demokraten Leute, die sehr oft ihre „demokratische" Gesinnung in sehr merkwürdiger Weise zur Schau tragen.

Die Wahl zum Groß-Berliner Stadtparlament hat eine unzweifelhafte sozialistische Mehrheit gebracht. Das bedeutet natürlich das Ende so mancher Einrichtung aus jener Zeit, da der Berliner Kommunalfreisinn seine Herrschaft in der Reichshauptstadt ausübte. Sicherlich ist diese Tatsache für jene Demokraten, die sich heute noch sehr stark mit diesem Kommunalfreisinn verwachsen fühlen, sehr schmerzlich. Daher laufen sie jetzt unausgesetzt Sturm gegen die Absicht der sozialistischen Parteien, auch dem Berliner Magistrat eine sozialistische Mehrheit zu geben.

Die „Vossische Zeitung" schreibt in ihrer Sonntagnummer unter der Ueberschrift: Ein Parteimagistrat?", daß sich bei den Linksparteien der „Ehrgeiz und Wille" bemerkbar machen, eine „möglichst große Zahl von Magistratsposten für Fraktionsgleichen ohne Ansehen der Begabung und Fachkenntnisse zu belegen. Es wird offen darauf hingearbeitet, die Fachleute aus dem Magistrat . . . zu verdrängen und den Parteigenossen den Genuß recht vieler Stadtratsposten, die man durchweg zu besoldeten machen und durch Dienstgehalt und eine Amtsdauer von einem Dutzend Jahren vergnüglich gestalten möchte, zu erschließen". Zum Schluß bemerkt das Blatt: „Eine Parteikrippe im Roten Hause — das wäre nicht das Mittel zu seiner (Berlins! Red.) Wiederaufrichtung, sondern zur letzten Zerstörung."

Die Berechtigung zu diesen Angriffen leitet „Tante Voß" aus je einem Artikel des „Vorwärts" und der „Freiheit" her. Sie sieht den Artikel des Genossen Herrmann aus unserer Nr. 332 vom Donnerstag, den 15. Juli, an, um zu beweisen, daß wir „ohne Ansehen der Begabung und Fachkenntnis" unsere Genossen an die „Futterkrippe" setzen wollen. Wohlweislich verschweigt sie ihren Lesern, daß in jenem Artikel mehrere Male ausdrücklich die Notwendigkeit betont wurde, daß in den Magistrat berufene Parteigenossen auch die notwendige Eignung für ihren Posten mitbringen müssen.

Die Sozialdemokratische Partei hat in fast anderthalbjähriger Regierungszeit im Reiche bewiesen, daß sie ernstlich bestrebt ist, unser Wirtschaftsleben wieder auf die Beine zu bringen, und daß sie zu diesem Zwecke nur solche ihrer Anhänger an verantwortungsvolle Stellen beruft, die tatsächlich die Fähigkeit dazu haben. Was im Reiche galt, das gilt jetzt auch in Berlin. Wir erstreben die sozialistische Mehrheit im Magistrat, sind aber keineswegs gewillt, diesem Ziele das Wohl der Stadt zu opfern, sondern vielmehr entschlossen, nur solche unserer Parteigenossen auf verantwortungsvolle Posten zu berufen, die nachweislich die Fähigkeiten zur Ausführung derselben besitzen.

Die „Vossische Zeitung" versteigt sich in ihrem Aerger über die sozialistische Mehrheit in Berlin zu der Behauptung, daß Berlin „trotz „Vorwärts" und „Freiheit" noch nicht eine sozialistische Gemeinde wird".

Nach in der Krochstraße sollte man wissen, daß Berlin schon lange sozialistisch ist und sozialistisch bleiben wird, trotz aller gegenteiligen Behauptungen und Bemühungen der Ullsteinpresse.

200 000 Mark Bankgelder unterschlagen.

Wegen großen Veruntreuungen wird der 45 Jahre alte aus Schwaitsch gebürtige Kaufmann Albert Ilsemann, gesucht, der zuletzt als Untermieter in der Bouchéstraße 52 zu Neukölln wohnte. Ilsemann war bei einer Firma am Kurfürstendamm in Halensee als Buchhalter beschäftigt. Er entwendete dieser Blankoschecks, stellte sie über zusammen ungefähr 200 000 Mark aus und erhob das Geld darauf bei der Bank. Mit der Beute verließ er dann sofort Berlin. Soweit bisher festgestellt werden konnte, hat er sich zunächst nach Leipzig gewandt. Hier geht jedoch seine Spur verloren. Der Ungetreue ist etwa 1,65 bis 1,68 groß und mittelstark, hat blondes Haar, ebensolchen, kurzgeschnittenen Schnurrbart und eine große Glatze und trug zuletzt einen grauen Jackettanzug, einen braunen, weichen Hut, und schwarze Schnürstiefel.

Selbstmord des Prinzen Joachim. Am Freitag abend hat der jüngste Sohn des Exkaiserpaares Prinz Joachim in seiner Villa Liegnitz in einem Anfall schwerer physischer Störungen einen Selbstmordversuch unternommen, an dessen Folgen er noch in derselben Nacht verschied.

Natürlich nutzt die alldeutsche Presse auch diesen Fall aus, um der Revolution eins auszuwischen. Die „Deutsche Tageszeitung" erklärt zwar, die Ursachen zu der seelischen Verzweiflung des Prinzen nicht zu kennen, glaubt aber in der Annahme nicht fehl zu gehen, „daß die Erniedrigung Deutschlands und die seiner Familie widerfahrene Behandlung ihr gut Teil dazu beigetragen haben." Von der schlechten Behandlung der Hohenzollernfamilie wird keinem objektiven Beobachter der Ereignisse etwas bekannt sein, und an der Erniedrigung Deutschlands sind in erster Linie die Hohenzollern selbst schuld. Im übrigen erfahren wir zu dieser Affäre, daß der Prinz in sehr zerrütteten Eheverhältnissen lebte und kurz vor seiner Scheidung stand. Vielleicht ist nicht zuletzt hierin das Motiv zu der Verzweiflungstat zu suchen.

Ein Spielklub wurde in der Sonntagnacht in der Prinz-Regenten-Straße 92 bei vollem Betrieb überrascht und ausgehoben. Das Bargeld und die Spielgeräte wurden beschlagnahmt und gegen die Beteiligten ein Strafverfahren eingeleitet. Das Wohnungsamt wird sich jetzt damit zu beschäftigen haben, ob es für die Räume keine bessere Verwendung findet.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Buchholz. Bis Donnerstag ½10—½2 Uhr Kartoffelausgabe im Amtshaus für die Woche vom 12.—19. Juli. Pro Kopf 3 Pfund. In der Gemeindeverkaufsstelle gegen Vorzeigung der weißen Lebensmittelkarte Käse.

Johannisthal. 250 Gramm Teigwaren (650), 125 Gramm Graupen (35). In der Gemeindeverkaufsstelle für Kinder von 6—14 Jahren 125 Gramm Sago (551). Für Kranke, Kriegsbeschädigte, werdende und stillende Mütter 1 Dose Malzextrakt, für Kinder im 1. und 2. Lebensjahr 1 Paket Keks.

Pankow. 125 Gramm Edamer Käse (90).

Reinickendorf. ½ Pfund Haferflocken (241), 1 Pfund Marmelade (242), 1 Pfund Viktoriaerbsen (243), 1 Pfund weiße Bohnen (244).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 19. Juli:

Jungsozialistische Vereinigung. Ortsgruppe Neukölln. 8 Uhr, Turnen in der Turnhalle, Elbestraße.

Morgen, 20. Juli.

9. Abt. 8 Uhr Funktionärsitzung im Erdmannshof, Kottbuser Ufer 39.

82. Abt. 7½ Uhr wichtige Bezirksführersitzung bei Vogel, Kopenhagener Str. 15. Jeder hat seinen Markenbestand mitzubringen.

Buchholz. 8 Uhr bei Haeckel, Pasewalker Str. 67: Oeffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag: Unfähigkeit oder Sabotage in den Reichsstellen. 2. Freie Aussprache.

Charlottenburg. 14. Gruppe. 1 Uhr: Kinderausflug nach dem Grunewald. Treffpunkt bei Arndt, Kantstr. 51.

Neukölln. 7½ Uhr bei Kissem, Hasenheide 13, öffentliche Volksversammlung. Tagesordnung: Die anwachsende Lebensmittelverteuerung und ihre Ursachen. Ref. Gen. Kurt Heinig. Freie Aussprache. — Die für Mittwoch festgesetzte Generalversammlung in der Aula Ganserstr. fällt aus, neuer Termin wird noch bekannt gegeben.

Niederschönweide. 8 Uhr Generalversammlung bei Rätel, Grünauer Straße 8. Vierteljahresbericht. Anträge zur Bezirksgeneralversammlung und Wahl von Delegierten. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller dringend erforderlich.

Taubstumme. 7½ Uhr Zahlabend, verbunden mit Mitgliederversammlung im Elisabethgarten, Elisabethstr. 30.

Wirtschaft

Die Parität in den Außenhandelsstellen.

Unter der Ueberschrift „Die Außenhandelsstellen gegen die Ausfuhrabgabe" bringen das „Berliner Tageblatt" und andere Zeitungen einen Bericht über einen Beschluß der Reichsbevollmächtigten der Außenhandelsstellen vom 13. Juli, die Ausfuhrabgabe betreffend, in dem es heißt, daß die Reichsbevollmächtigten einmütig der Ansicht wären, daß die Ausfuhrabgabe nur eine vorübergehende Maßnahme sein dürfe. Das Ausfuhrgeschäft sei dermaßen ins Stocken geraten, daß es keine weitere Belastung vertrage, vielmehr unter den jetzigen Wirtschaftsverhältnissen Erleichterungen beanspruchen könne.

Die Reichsbevollmächtigten haben bei der Regierung die vorläufige Aussetzung der Regelung der Ausfuhrabgabe beantragt, und zwar für alle Geschäfte.

Die Außenhandelsstellen setzen sich zusammen aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern der Erzeuger des Handels und der Verbraucher. Mitglied der Außenhandelsstellen. Die Reichsbevollmächtigten aber sind Angestellte der Außenhandelsstellen, die die Beschlüsse der Außenhandelsstellen auszuführen haben. Es ist daher unzutreffend, unter diesen Umständen einen Beschluß dieser Reichsbevollmächtigten als einen Beschluß der Außenhandelsstellen als Selbstverwaltungskörper zu deklarieren.

Aber es kommt noch ein Weiteres hinzu. Schon seit Monaten verlangen die Arbeitnehmer, daß, da für die Sitzungen der Außenhandelsstellen die paritätische Zusammensetzung gewährleistet wird, diese Parität nicht nur für die Aufsicht usw. innegehalten wird, sondern bis zum ausführenden Organ durchgeführt wird, d. h. auch in die Posten der Reichsbevollmächtigten sollen sich die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilen. Heute heißt es in den Satzungen der Außenhandelsstellen, daß der Reichsbevollmächtigte einer Außenhandelsstelle vom Reichskommissar für Ein- und Ausfuhr auf Vorschlag der Arbeitgeber in der Erzeugerbranche ernannt wird. Der Reichsbevollmächtigte ist also Vertrauensmann einer Arbeitgebergruppe. Dieser Umstand hat schon mehrfach zu Mißständen Anlaß gegeben, weshalb die Arbeitnehmer in schriftlichen Eingaben eine Aenderung verlangt haben. Die Angelegenheit ist noch nicht entschieden, sie schwebt noch. Das Mißtrauen der Arbeitnehmer gegenüber dem einseitig von Arbeitgeberseite vorgeschlagenen Reichsbevollmächtigten wird durch das jetzige Verhalten der Reichsbevollmächtigten vollauf bestätigt, und es wird Sache der Arbeitnehmer sein, entschieden und bestimmt auf schleunigste Abänderung dieses Verstoßes gegen die Parität zu drängen.

Auf die Frage der Ausfuhrabgabe selbst an dieser Stelle einzugehen, dürfte nicht nötig sein, nachdem seinerzeit bei Beratung dieser Angelegenheit im Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium die Arbeitnehmervertreter ihren Standpunkt in einer Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium genügend klar dargelegt haben.

In einer der ersten Sitzungen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrats ist die Frage der Ausfuhrabgabe auf Veranlassung von Vertretern des Handels gleichfalls beraten, wobei sich die übergroße Mehrheit des Ausschusses auf den Standpunkte stellte, daß es bei der Abgabe bleibt. Anträge auf Herabsetzung einzelner Tarifpositionen sind beim Reichswirtschaftsministerium einzureichen, über sie wird von einer zu diesem Zweck eingesetzten Kommission entschieden.

Zum Schluß möchten wir bemerken, es ist geradezu eine Irreführung der Oeffentlichkeit, wenn man, wie dies verschiedentlich versucht wird, die gegenwärtigen Ausfuhrschwierigkeiten auf diese Ausfuhrabgabe zurückführt. Die gegenwärtigen Ausfuhrschwierigkeiten haben mit der Ausfuhrabgabe nach der Verordnung vom 20. Dezember v. J., die seit dem 10. Mai d. J. in Kraft ist, nichts zu tun, sind vielmehr auf ganz andere Ursachen zurückzuführen, die vorhanden sein würden, und zwar in gleichem Umfang, auch wenn eine Verordnung über Ausfuhrabgaben nicht bestände.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Hannover, 17. Juli.

Der Verbandstag beschließt, daß die vorgenommene Statutenänderungen am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft treten sollen.

Timig (Hauptvorstand) begründet einen vom Vorstand vorgelegten Entwurf über den weiteren Ausbau der Unterstützungskasse für Verbandsangestellte. Die Unterstützungssätze bei Unfällen werden erhöht, die Unterstützung selbst ausgedehnt auf Invalidität, Witwenunterstützung, Erwerbsunfähigkeit und Sterbefälle. Der Entwurf findet die Zustimmung des Verbandstages.

Ein Antrag Hilpmann-Dresden, für die Heimarbeiter einen besonderen Agitationsleiter anzustellen, wird dem Vorstand und Verbandsbeirat überwiesen.

Angenommen wird folgende Resolution Haupt-Hannover:

Die Unterstützung arbeitsloser und kranker Arbeiter war bisher Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen, weil die gesetzliche Krankenunterstützung nicht ausreichte und Arbeitslosenunterstützung bis zum Kriegsende ganz fehlte. Dieser Zustand befriedigt die Gewerkschaften nicht, weil die Sozialversicherung Reichsaufgabe ist. Bis zum befriedigenden Ausbau der sozialen Gesetzgebung müssen die Gewerkschaften diese Unterstützung beibehalten.

Der Fabrikarbeiterverband Deutschlands beauftragt deshalb den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, bei den zuständigen Reichsbehörden mit allem Nachdruck auf baldige Reform der sozialen Gesetzgebung hinzuwirken, daß die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in ausreichender Höhe zur Auszahlung gelangt und die bis dahin von den Gewerkschaften gezahlte Erwerbslosenunterstützung nicht aufgerechnet werden darf. Daß ferner die Rentenbezüge der Alters-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung zeitgemäß erhöht werden, wobei die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente vom 65. auf das 60. Lebensjahr in den Vordergrund gerückt werden muß. Der Verband fordert ferner volle Anrechnung geleisteter Militärdienste in der Versicherungskasse, in welcher der Militärpflichtige vor seiner Einberufung versichert war. Die fortgesetzte Steigerung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände zwingt die Arbeiter zu immer neuen Lohnforderungen. Trotz aller Lohnerhöhung wird die Lebenshaltung der Arbeiter aber immer weiter herabgesetzt. Besserung kann nur ein Abbau der Lebensmittelpreise und sonstiger Bedarfsgegenstände bringen. Dieser Abbau wird nur erreicht durch einmütiges Zusammengehen der gesamten Arbeiterschaft.

Der Fabrikarbeiterverband beauftragt deshalb den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes als Spitze der Interessenvertretung der deutschen Arbeiterschaft, bei den maßgebenden Reichsbehörden eindringlichst dahin zu wirken, daß die geplanten Preissteigerungen für landwirtschaftliche Produkte durch Prämien an die Erzeuger unter allen Umständen verhindert werden und daß ein Abbau der Wucherpreise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände herbeigeführt wird und widerstrebende Erzeuger, Händler, Schleichhändler und Schieber mit der ganzen Strenge der Gesetze zur Verantwortung gezogen werden.

Die hierauf vorgenommene Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der seitherigen Funktionäre. Ein Vorstandsmitglied und zwei Sekretäre werden zur Ergänzung neu gewählt.

Der nächste Verbandstag findet in Frankfurt a. M. statt.

Um 1 Uhr hatte der Verbandstag sein Ende erreicht.

Verbandstag der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen.

Frankfurt a. M., den 15. Juli.

4. Verhandlungstag.

Lodahl-Berlin (Verbandskassierer): Die Ausschreibung des Extrabeitrages wurde bedingt durch die Streiks in verschiedenen Orten, wie Leipzig, Chemnitz usw. Um die Schlagfähigkeit des Verbandes zu erhalten, müssen die Kassen gefüllt werden.

Verbandsvorsitzender Pucher-Berlin: Von nicht einem der Kritiker ist gesagt worden, die Geschäfte hätten so oder so und damit besser geleitet werden können. Kann mich die Opposition durch ihre Ideen oder Vorschläge überzeugen, so werde ich mich gern danach einstellen.

In der „Freiheit" erschien am 13. Januar der bekannte Aufruf zur Demonstration gegen das Betriebsrätegesetz und als zweite Unterschrift stand der Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter. Das bedeutete

einen ungeheuren Mißbrauch unseres Namens,

der nur als Fälschung bezeichnet werden kann. Auch der Berliner Zahlstellenvorsitzende hatte seine Einwilligung zu dieser Unterschrift nicht gegeben und dadurch ist bewiesen, daß die ganze Demonstration von politischen Drahtziehern ausging. Berliner Kollegen fragten aber dann im Hauptvorstandsbureau an, ob der Verband für den Verdienstausfall aufkommen würde, was natürlich von uns verneint wurde, weil wir als Verband diese Demonstration nicht beschlossen hatten.

Zu der „Propagandakommission revolutionärer Betriebsräte" ist zu sagen, daß es sich dabei um eine mit Statuten und Programm eingerichtete Sonderorganisation handelt, und der Verbandstag muß Stellung dazu nehmen, ob das innerhalb unseres Verbandes zulässig ist. Um überhaupt eine Tätigkeit für diese Kommission zu schaffen, mußte in der Berliner Zahlstelle ein Beschluß gefaßt werden, daß Berliner Referenten, die von anderen Zahlstellen verlangt werden, auf Kosten der Berliner Lokalkasse hinausgehen.

So wird mit Verbandsmitteln Mißwirtschaft getrieben.

Ein Berliner Kollege, der dieses rügte, wurde trotz 22jähriger treuer Mitgliedschaft ausgeschlossen. Der betreffende Kollege hat wegen seines Ausschlusses Beschwerde beim jetzigen Verbandstag eingelegt und muß der Verbandstag darüber entscheiden.

Man hat unwahre Behauptungen über die Selbstbewilligungen von Gehältern in die Welt gesetzt, um dadurch die betreffenden Personen herunterzureißen. So wird auch von der Berliner Opposition mit allen Mitteln versucht, die leitenden amtierenden Personen in Mißkredit zu bringen. Dagegen verwahren wir uns. Aus Idealismus für das jahrelang, dornenvoll aufgebaute Werk bleibe ich auf dem Posten, bis ein anderer dazu bestimmt wird. (Lebhafter Beifall.)

Im Anschluß an diese Ausführungen wird nachstehendes Vertrauensvotum bei namentlicher Abstimmung mit 69 gegen 29 Stimmen angenommen. Die oppositionellen Delegierten von Berlin, Leipzig, Dresden, Plauen, Braunschweig stimmen geschlossen dagegen. Die Vertrauensresolution lautet:

„Der 7. ordentliche Verbandstag der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen Deutschlands erkennt die während der letzten Verbandsperiode ausgeübte Tätigkeit der leitenden Personen im Verbandsvorstand an und spricht ihnen volles Vertrauen aus."

Sodann wurde mit überzeugender Mehrheit eine Entschließung angenommen, die sich mit der Gründung des „Graphischen Bundes", dessen Satzungen und seiner bisherigen Tätigkeit einverstanden erklärt. Dieser bilde die Grundlage zur Schaffung eines „Graphischen Industrieverbandes".

Ein Antrag München auf Schaffung einer Einheitszeitung für das graphische Gewerbe wird dem „Graphischen Bund" überwiesen.

Bezüglich der Ausgestaltung der „Solidarität" wurde ein Antrag Dresden angenommen, der fordert, daß das Verbandsorgan der großen Masse der weiblichen Mitglieder Rechnung trägt. Der sozialen Gesetzgebung, dem Betriebsrätegesetz und deren Auslegung durch die Behörden soll mehr Beachtung geschenkt werden. Den politischen Anschauungen der Mitglieder ist durch Abdruck von Artikeln, bei welchen keine Richtung zu bevorzugen ist, Rechnung zu tragen.

Nach einer Flut persönlicher Bemerkungen wird in die Generaldebatte über die Statutenberatung eingetreten.

Vorstandsmitglied Lohdal-Berlin bespricht die diesbezüglichen Vorstandsanträge. Er plädiert für wesentliche Erhöhung der Beitragssätze und spricht sich weiter für die Schaffung eines Verbandsbeirates aus.

Zum Streik im Kraftwerk Golpa.

Die Verhandlungen mit den Grubenarbeitern des Fernkraftwerkes Bitterfeld konnten, wie eine Korrespondenz meldet, am Sonnabend und auch gestern nicht zu Ende geführt werden, da plötzlich die Vertreter der Streikenden sich auf den Standpunkt stellten, daß die örtlichen Verhandlungen in Bitterfeld nicht für die Grubenarbeiter maßgebend sein könnten. Man wolle vielmehr das Ergebnis der für alle Grubenarbeiter Mitteldeutschlands wichtigen Konferenz in Halle abwarten. Den dortigen Beschlüssen werde man sich auch in Bitterfeld fügen.

Damit sind die Verhandlungen in Bitterfeld vorläufig gegenstandslos geworden. Es berührt eigenartig, daß die Streikleitung in Bitterfeld, nachdem sie für die Arbeiter der Braunkohlengruben des Fernkraftwerkes eine Reihe von Sonderforderungen durchgesetzt hat, sich bis jetzt auf den Standpunkt stellt, daß sie den Streik nicht eher abbrechen könne, bis die Tarifverhandlungen in Halle, die sich längere Zeit hinziehen können, erledigt sind. Wie berichtet wird, werden heute Besprechungen zwischen der Streikleitung und einem Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums stattfinden, um die Aufhebung dieses Beschlusses zu erwirken. Auch der Gewerkschaftsausschuß will sich sofort mit diesem gegen alle Abmachungen verstoßenden Vorgehen der wilden Streikleitung in Bitterfeld beschäftigen.

Der Demobilmachungskommissar für Privatgartenbesitzer.

Vom Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Verwaltung Groß Berlin, wird uns geschrieben:

Zu den unter den miserabelsten wirtschaftlichen Verhältnissen stehenden Arbeitnehmern gehören zweifellos die Privatgärtner Groß Berlins. Es werden heute für selbständige Gärtner noch Monatslöhne von 250.— ja sogar noch 150.— Mk. nebst freier Wohnung, Licht und Heizung gezahlt und nicht zu den seltensten Fällen gehört es, daß für dieses fürstliche Gehalt die Frau des Gärtners noch die Portierstelle mit versehen muß. Im Frühjahr ds. J. setzte eine Lohnbewegung ein, wobei die drei in Betracht kommenden Verbände für den selbständigen Gärtner den bescheidenen Lohn von monatlich 550.— Mk. forderten, ohne sonstige Ge-

währung von Naturalbezügen. Da eine Arbeitgeberorganisation zum Abschluß eines Tarifvertrages nicht aufzutreiben war, sahen sich die Verbände genötigt, an die einzelnen Privatgartenbesitzer heranzutreten, um sie zur Anerkennung der Forderung zu bewegen. Nur ein ganz verschwindend kleiner Teil erkannte diese berechtigten Forderungen an, währenddem der größte Teil sie als unbotmäßig bezeichnete. Die Organisationen riefen daher den Schlichtungs-Ausschuß an, der unter Vorsitz eines Unparteiischen am 10. Mai einen Schiedsspruch fällte. Unter Führung der Herren Unterstaatssekretär a. D. Fritsch, Lichterfelde, und Rechtsanwalt Dr. Waldschmidt, Grunewald, wurde schon bei den Verhandlungen Einspruch gegen das Vorgehen der Verbände erhoben. Der Schiedsspruch wurde dann auch von fast sämtlichen vor den Schlichtungs-Ausschuß geladenen Privatgartenbesitzern abgelehnt. Die erwähnten Herren Fritsch und Waldschmidt richteten nach Bekanntwerden des Schiedsspruches Eingaben an den Demobilmachungskommissar, in welchem letzterer ersucht wurde bei evtl. Antrag der Verbände auf Verbindlichkeitserklärung diese unter allen Umständen abzulehnen. Es lief denn auch unter dem 15. Juli bei der Organisation ein Schreiben des Herrn Demobilmachungskommissars ein, welches als Ueberschrift die dick unterstrichenen Worte trägt „Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches." Uns ist bekannt, daß, bevor eine Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung bekanntgemacht wird, zum mindesten eine Sitzung der beteiligten Parteien stattfindet. Der Herr Demobilmachungskommissar hat in diesem Falle kurzweg auf das eingereichte Material die Verbindlichkeitserklärung versagt. In der Ablehnung des Schiedsspruches heißt es u. a.: „Es erscheint auch zum mindesten zweifelhaft, ob es überhaupt zweckmäßig ist, die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Privatgärtner unter die einheitliche Norm eines Tarifvertrages zu bringen. Bei der Vielgestaltigkeit der Anstellungsbedingungen und Arbeitsverhältnisse der Privatgärtner, die in vielen Fällen auch andere als Gärtnerdienstobliegenheiten zu verrichten haben, deren Lohnverhältnisse auch durch Gewährung von Wohnung, Kost und sonstige Naturalien bei den einzelnen Arbeitgebern verschieden sind, erscheint eine einheitliche Regelung nicht angebracht und ein behördlicher Zwang kann auf die einer tarifvertraglichen Regelung widerstrebende Partei nicht ausgeübt werden.

Nach einer solchen Begründung ist es schwer, noch von einer Unparteilichkeit des Demobilmachungskommissars zu sprechen; der Unbefangene wird geneigt sein zu folgern, daß er sich völlig auf die Seite der Privatgartenbesitzer geschlagen hat.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Versammlung der Architekten am Dienstag, den 20. Juli, abends 7 Uhr, in der Geschäftsstelle des Bundes. Ortsverwaltung Norden II im Kleinen Schultheiß, Kastanienallee 23, am Dienstag, den 20. Juli, abends 7½ Uhr. Fachgruppenversammlung 1b (Geldschrankfabriken und Schlossereien) Dienstag, den 20. Juli, abends ½ 8 Uhr, in der Brauerei Oswald Berliner, Brunnenstraße 140/41.

Achtung, Arbeiter der Firma R. Stock u. Co., Marienfelde! Heute abend von 10,40 bis 6,20 arbeiten A 4 erste Schicht, S 2, 3, 8 erste Schicht, S 4 und 5 zweite Schicht. Dienstag, den 20. Juli: S 1 erste Schicht, M 1, 2, 3, 4, 5 und 6, S 3, 8 zweite Schicht, A 1 erste Schicht, S 1 und 2 zweite Schicht, A 8, 6, 17, S 6, RF 5 und 6. Von 3,20 bis 10,40 arbeiten folgende Abteilungen: A 2, 3, 13, EF 7, zweite Schicht, A 4 erste Schicht, FR 4 und 5 erste Schicht, S 1 zweite Schicht. Von 10,40 bis 6,20 arbeiten A 4, S 2 zweite Schicht, S 3 und 8 dritte Schicht, S 4 und 5 zweite Schicht.

Der Arbeiterrat.

Betriebsräte, Betriebsobleute und Angestelltenräte der Holzindustrie! Am Dienstag abend 7 Uhr findet die Fortsetzung der von der Berliner Gewerkschaftskommission einberufenen Betriebsrätenversammlung der Holzindustrie in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11 statt.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Die gute Massary-Zigarette

Urteilsfähige Raucher wissen, weshalb sich die Massary-Zigaretten so großer Beliebtheit erfreuen. Versuchen auch Sie unsere Spezialmarken Classe 30 Pfg., Caid 40 Pfg.

Urteilen Sie selbst!

APOLLO
7½ Theater 7½
Direkt. James Klein.
Juli 1920
Neue Natura
lebende Kunstwerke
Mauß tollkühne
TODESFAHRT
2 Aegirs
am Meeresgrund.
Mary ZIMMERMANN
v. Dtsch. Opernhaus in ihren Tänzen u. weitere Sensation

Wanzen und Motten
nebst Brut vernichtet radikal
Ueberall erhältlich. Ueberall erhältlich.
Pfeifferol
Wanzentod .... à Fl. 3.75, 5.50, 9 und 11 M.
Mottentod .... in Beuteln à 75 Pf.
Kopf- und Haarwasser gegen Läuse ...... Fl. 4 u. 6 M.
Parasiten-Liniment gegen Körper- u. Kleiderläuse Fl. 4 u. 6 M.
Hersteller: Apotheker Otto Pfeiffer & Piehler, Berlin N. 65
Chemische Fabrik „Pfeifferol".

Wir garantieren für sofort. Wirkung unserer Präparate
Darum lassen Sie sich nichts anderes aufreden!
„Pax"-Wanzentod Radikalmittel in Flaschen 3.75, 5.50 und 8.25 Mark.
„Reyberol" Nr. 1 gegen Krätze, Hautjucken, Hautausschläge usw. Flasche 7.— Mark.
„Reyberol" Nr. 2 — Haarwasser — vertilgt sicher Kopfläuse und Brut, beseitigt Schuppen, Schinnen, Jucken der Kopfhaut. Flasche 5.— Mark.
„Mottenteufel". Bester und sauberster Mottenschutz. Paket 80 Pfennig.
„Schuppenfrei" — Antiseptisches Haarwasser — Für Haar und Kopfnerven.
„Schuppenfrei" — Kamille — Spez. für blondes und hellblondes Haar. Einheitspreis Flasche 5.75 Mark.
Zu haben in allen Apotheken und Drogerien, wo nicht, direkt durch
Reyher & Behrens, Fabrik pharm.-techn. Präparate, Berlin S 59.

Frauen
Die von der fr. Oberhebamme an der geburtshilflich. Klinik der Charité, Berlin, Frau Anna Hein, tausendf. erprobten Menstrual-Tropfen dürfen keiner Frau fehlen. Flasche M. 19, Pulver M. 3, Versand diskret p. Nachn. von Frau Anna Hein G. m. b. H.
Bln. 100, Potsdamer Str. 106a, I. Etg.
Prospekt grat.

Jeder Eisenbahner liest!!
zur Förderung seiner beruflichen Kenntnisse die amtliche, von den höchsten Stellen im Eisenbahnwesen empfohlene Hochschulzeitung
Mitteilungen der Fach- und Freien Hochschulen für Eisenbahner.
Interessante Artikel. Lehrreiche Abhandlungen. Konkurrenzlose Fachzeitung.
Aus dem Inhalt: Demokratisierung im Eisenbahnwesen. — Die Entwicklung der Siemenswerke. — Neuerungen im Signalwesen. — Lokomotivkessel mit Ueberhitzer. — Wasserstandsanzeiger. — Elektrisches Schweißen in Eisenbahnwerkstätten. — Der Luftdruck, das Barometer. Die Verwendung von flußeisernen Lokomotiv-Feuerbüchsen. — Gleichförmige Bewegung. Beharrungsgesetz, freier Fall, Kraft, Masse und Dichte.
Bezugspreis direkt vom Verlag unter Kreuzband 4 M. pro Vierteljahr, durch die Post 3 M. zuzügl. 30 Pf. Bestellg. Für Vereine billiger. — Probenummern kostenlos.
Anerkannt vorzügliches, wirkungsvolles Insertionsorgan.
Inserate in den „Mitteilungen" haben nachweisbar den größten Erfolg; die Leserschaft setzt sich nachweisbar aus sämtlichen Eisenbahndirektionen, Aemtern, Verbänden und über 12000 Hörern der Fachhochschulen zusammen, die kaufkräftige Klasse der Eisenbahner verbürgt einen solchen.
Von d. höchsten Eisenbahnstellen z. Insertion empfohlen.
Verlag A. Desemann, Berlin SW 11/180, Königgrätzer Straße 109.
Telephon: Kurfürst 4015. Drahtanschrift: Diwcanwo.

Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies" Berlin E. G. m. b. H.
Geschäftsstelle Bohnsdorf bei Grünau i. d. M.
Bureauzeit außer Donnerstag von 9—11 Uhr vorm., Donnerstag von 5—8 Uhr nachm.
Montag von 5—7 Uhr in Berlin, Lausitzer Str. 25, bei Lauser.
Freitag, den 30. Juli 1920, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:
18. ordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht: Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung.
2. Bericht der Revisoren und Genehmigung der Bilanz, sowie Beschlußfassung über die Verteilung des Gewinnes oder Verlustes.
3. Neuwahlen: a) des Vorstandes; b) Ersatzwahlen zum Aufsichtsrat.
4. Anträge des Vorstandes: a) Erhöhung des Eintrittsgeldes; b) die Verzinsung der Spareinlagen von 4 % auf 3½ % herabzusetzen; c) die Haftsumme beziehungsweise den Geschäftsanteil auf 300 M. zu erhöhen.
5. Statutenänderung. 6. Evtl. Anträge d. Gen. 7. Verschiedenes.
Anträge der Genossen müssen spätestens am 24. Juli 1920 beim Vorstand eingegangen sein. Die Bilanz liegt in den Geschäftsstunden im Bureau aus. Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.
Der Vorstand: G. Werner. P. Schilke. G. Pfeiffer.

Deutsche Schokolade
M. 4,85 die 100-Gramm-Tafel
M. 2,60 die 50-Gramm-Tafel
in Luxuspackung
M. 5,50 die 100-Gramm-Tafel
M. 2,85 die 50-Gramm-Tafel
G. Wechselmann
Berlin W. 9, Linkstraße 20, Hof links I.
Fernspr.: Nollendorf 879. Telegrammadr.: Bindimenta Berlin

Kupfer p. Kg. bis 8,—
Messing . . . 4,—
Blei . . . 2,—
Zink . . . 2,—
Spiralbohrer höchstzahlend.
Hoßmannstr. 22, im Laden.

Kommerzh. GROSS-BERLIN
(Kliems) Hasenheide 13.
Täglich 8 Uhr:
Prinz u. Bettlerin
Schwenterstück von Krone und Fersel.
Anschl.: Die neuen Spezialit.

Kupfer 8,—
Messing 4,—
Blei, Zink 2,—
Rotguß 7,—
Zinn bis 25,—
Schulzendorfer St. 2

Dr. med. Grütering
Haut-, Harn-, Unterleibsleid. b. Männ. u. Frauen, Blutunters.
Invalidenstraße 38, Ecke Chausseestr., Stett. Bhf. Spr. Wochentäglich 11-1, ½5-½7.

Geld-
Verdienst durch eine gute Idee. — Wegweiser durch Klauser & Co., Berlin SW 13, Friedrichstraße 9.

Zähne v. 4 M. an
Teilzahlung. Kronen 18 M. Plomben 1.50. Zahnziehen mit Einspr. höchst schmerzlind. Umarb. schlechts. Gebisse. Rep.
Zahnarzt Wolf sof. Potsdamer Str. 55, Hochb. Sprechz. 9-7.

Kapitän - Kautabak
wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsstellen.
C. Röcker, Berlin, Lichtenberger St. 22. Kgst. 3881.

Nutzeisen
Ankauf Verkauf
Stabeisen, Bleche, I-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstanzen etc. in verschiedenen Dimensionen haben ab Lager abzugeben
Cohn & Borchardt, Bln.-Lichtenberg
Rittergutstr. 47/48. Tel.: Lichtenberg 646/647.
Nutzeisenabteilung: 8389*
Maybach-Ufer 18/19, Nähe der Kottbuser Brücke.

Buchhandlung Vorwärts
G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Sonntage eines Großstädters in der Natur
Von Kurt Grottewitz. Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche
5. Aufl. . geb. Mk. 5.40

Städtische Bekleidungsstelle
Eigentümerin Stadt Neukölln — Neukölln, Bergstraße 29
GANZ BEDEUTENDE PREISERMÄSSIGUNGEN

Herren-Konfektion
Anzüge saubere Verarbeitung, gute Stoffe .... M. 650.— 550.— 425.— 345.— 275.—
Sommer-Paletots Marengo gefüttert .... M. 345.—
Hosen gestreift .... M. 165.— 145.— 125.— 100.— 75.90

Damen-Konfektion
Kostüme in farbigen, dauerhaften Stoffen, neueste lange Formen .... jetzt M. 515.— 385.— 245.— 185.— 125.—
Sommer-Mäntel in seidenartigen, imprägnierten Stoffen, auch Gummimäntel ...... M. 385.— 250.— 195.—
Halbschwere Ulster in verschiedenen Farben, modernste Musterungen und Formen .... jetzt M. 295.—
Damen-Röcke in farbig, blau oder schwarz, nur erprobte, haltbare Qualitäten .... jetzt von M. 35.50 an
Solide Blusen fürs Haus farbig oder dunkel, dauerhafte Waschstoffe .... jetzt von M. 30.80 an
Elegante Blusen in Batist, Crep de chine, Atlas usw., mit Stickerei und Handhohlsaum ...... jetzt von M. 58.— an

Geschäftszeit von 8—6 Uhr. — Fachmännische Bedienung gewährleistet. Warenabgabe ohne Bezugsschein an jedermann, auch an Nicht-Neuköllner.
Im selben Hause **Städtische Besohlanstalt**, Reparaturen mit Kernleder preiswert.

Verkäufe

Prehtorf und Zementsteine liefert Prinz, Weißbergstr. 60a.

Friedensanzug, dunkel, schlanke Figur, wie neu, und 2 Paar Schnürschuhe zu verkaufen, nach 5 Uhr. Konrad, Pestalozzistr. 51a, IV. Seitenfl.

Nähmaschine, für Sattler und Schuhmacher, fast neu, Rüdersdorfer Str. 40. Morgens. 1108

Mahanzug, dunkelblau, Todesfall halber billig, ungetragen, Heise, Manteuffelstr. 20, Seitenflügel, Montag 6—8.

9 junge Schäferhunde, 6 und 8 Wochen alt, 150 und 180 M. pro Stück, hier abzugeben Mauß, Christburg. Ostpr. 82/1

Kreuzfüchse, Waschfüchse und alle anderen Pelzarten, Taschenuhren, Brillanten, Silberwaren enorm billig. Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, 1 Treppe. 1088

Möbel

Nesemanns Möbelhaus, Badstraße 66. Spezialität: Einzimmer- und Zweizimmer-Einrichtungen. Riesenauswahl, konkurrenzlos preiswert. Schlafzimmer 1885 bis 9580. Speisezimmer 1710 bis 12475, Herrenzimmer 1750 bis 11615, Wohnzimmer 675 bis 4250, Küchen 445 bis 970. Billige Einzelmöbel. Langjährige Garantie. Lieferung, auch Vororte, kostenlos, auswärts frachtfrei. Lagerung unentgeltlich. Kein Kaufzwang. 7108*

Küchen, modern, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, usw. jetzt von 450 Mark ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringerstraße 22, Schönhausertor. K*

Musikinstrumente

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums, gebrauchte und neue Instrumente. Reparaturen und Stimmungen. Max Abam. Münzstraße 16. 1398

Sterling-Pianos, neue, ausgespielte, mehrfeile Gelegenheiten. Kottbuserstr. 5. 752*

Glanzspielte Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 30.— Monatshonorar, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 166. 156R

Kaufgesuche

Leim kauft Drogerie Kurz, Berlin, Andreasstraße 73. Königstadt 3019. 31/78*

Gebisse, einzelne Zähne, Kupfer, Messing, Blei, höchstzahlend. Scharf, Elsasserstraße 78.

Parabellum- und andere Pistolen kauft Frank, W 8, Markgrafenstr. 50. *

Gardinen, Künstlergarnitur, Stores, Bettdecken, Meterware verkauft. Landsbergerstraße 18. 152R*

Zahngebisse, Platinabfälle, Goldbruch, Silberbruch, Kupfer, Messing, Blei kauft Chausseestraße 118, Portal 1, Invalidenstraße. 1758*

Silberbruch, Goldabfälle, Quecksilber, Platin sowie alle anderen Metalle, Zahngebisse, Münzen, photographische Rückstände kauft „Silberschmelze" Henbuck, Köpenickerstraße 157, Telephon Moritzplatz 12280. *

Zinn, Lötzinn, sowie alle Metalle, Zahngebisse, Zahn bis 73,—, Platinabfälle, Goldbruch, Silberbruch, Silbernitrat, Quecksilber, Glühkörperasche 100,—, höchstzahlend Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31.

Prismenfernglas kauft Alexander 1713. 12/10

Verschiedenes

Damm, Detektiv, Norden 7213, Invalidenstr. 98. Auskünfte, Beobachtungen, Verbrechen-Bearbeitung. 1749*

Frauenleiden aller Art erfolgreiche Behandlung, unentgeltliche und diskrete Untersuchung. Institut, Chausseestraße 1 i. 1/8K

Darlehen auf Hypothekbriefe, Versicherungspolicen gibt Bankverein, Wilmersdorferstraße 163. 1683*